

Sitzungsprotokoll der Lenkungsgruppe Streutalallianz

- Sitzungsort: Sitzungszimmer Amtshaus Stockheim
- Am: 17.06.2019
- Beginn: 15:00 Uhr
- Ende: 18:00 Uhr
- Vorsitzender: 1. Bürgermeister Martin Link
- Anwesend: Von den 11 Mitgliedern (einschl. Vorsitzendem) sind 10 anwesend
- 1. Bürgermeister Friedolin Link
 - 1. Bürgermeister Thilo Wehner
 - 1. Bürgermeister Reimund Voß
 - 1. Bürgermeister Ulrich Waldsachs
 - 1. Bürgermeister Florian Liening-Ewert
 - 1. Bürgermeisterin Agathe Heuser-Panten
 - 1. Bürgermeisterin Anja Seufert
 - 1. Bürgermeister Eberhard Streit
 - 2. Bürgermeister Dr. Michael Türk (Vertreter für Matthias Liebst)
- Entschuldigt:
- 1. Bürgermeister Thomas Fischer
 - 1. Bürgermeister Matthias Liebst
- Weitere Anwesenden: Baudirektor Michael Kuhn, ALE Ufr.
Bauberrat Alexander Zeller, Regierung von Unterfranken
Ludwig Backhaus, VG Fladungen
Christian Roßhirt, VG Mellrichstadt
Marc Huter, VG Ostheim
Peter Hehn, VG Mellrichstadt
Linda Denner, Netzwerk Ehrenamt
Georg Stock, Journalist
David Hauck, Journalist Streutaljournal
- Schriftführerin: Allianzmanagerin Gertraud Kokula

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des öffentlichen Protokolls der Lenkungsgruppensitzung vom 20.05.2019
2. Vorstellung des Themas Ehrenamt durch Frau Linda Denner vom Netzwerk – Ehrenamt
3. Vorstellung verschiedener Förderprogramme der Innenentwicklung durch Herrn Michael Kuhn, ALE Unterfranken, und Herrn Alexander Zeller, Regierung von Unterfranken
4. Chronik-Ordner Streitalallianz
5. Kurze Abfrage Systemtrenner
6. Projektvorstellungen Allianzmanagerin
7. Anfragen und Bekanntgaben

1 (ö) Genehmigung des öffentlichen Protokolls der Lenkungsgruppensitzung vom 20.05.2019

Herr Martin Link begrüßt alle Anwesenden und erklärt, dass die Sitzung beschlussfähig ist. Da es keine Einwände gegen die aufgeführte Tagesordnung gibt, wird mit dem öffentlichen Teil der Sitzung begonnen.

Das Protokoll vom 20.05.2019 zum öffentlichen Teil der Alliansitzung wurde per E-Mail an die Anwesenden der letzten Sitzung verschickt. Herr Martin Link möchte von den Anwesenden wissen, ob es Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen gibt. Da dies nicht der Fall ist, stimmen alle bis auf eine Enthaltung dem Sitzungsprotokoll zu. Herr Streit enthält sich, da er in der letzten Sitzung nicht persönlich anwesend war.

Abstimmung: dafür: 9 enthalten: 1

2 (ö) Vorstellung des Themas Ehrenamt durch Frau Linda Denner vom Netzwerk - Ehrenamt

Die Streutalallianz möchte auch beim Thema Ehrenamt aktiv werden. Frau Linda Denner vom Netzwerk – Ehrenamt erklärte sich deshalb dazu bereit, die Streutalallianz über dieses Thema zu informieren. Sie erklärt, worauf sich die Allianz generell einstellen muss. Des Weiteren wird sie über bisherige Projekte und die generellen Ziele des Netzwerk – Ehrenamtes aufklären. Da die Bürgermeister darum gebeten wurden, für die Messe für soziales Engagement zu werben, die am 30. Juni stattfindet, wird Frau Denner ebenfalls noch kurz darauf eingehen.

In ihrer Präsentation stellt Frau Denner folgende Punkte vor:

- die Bayerische Ehrenamtskarte, die nun im Landkreis Rhön-Grabfeld eingeführt werden soll
- das Schülerprojekt „Das freiwillige ehrenamtliche Schuljahr“
- das Fotoprojekt zur Wertschätzung der Ehrenamtlichen
- generell Veranstaltungen für engagierte Menschen im Landkreis,
- den Vereinstag am 09.11.2019
- weiteres Vorgehen im Bereich Ehrenamtssprecher
- Messe für soziales Engagement am 30.06.2019

Frau Denner geht zunächst auf die Würdigung ein, die mit der Bayerischen Ehrenamtskarte ausgedrückt werden soll. Anschließend klärt sie über die Vergünstigungen auf, die Ehrenamtskarteninhaber dadurch erhalten, und wer sie erhalten kann.

Herr Streit merkt die Problematik an, die im Landkreis durch die Überlegung der Einführung der Ehrenamtskarte entstanden ist.

Frau Denner bekräftigt diesen Einwand, denn das Netzwerk – Ehrenamt forderte ebenfalls eine klarere Zustimmung von der Politik.

Herr Martin Link und Herr Streit wünschen sich eine Auflistung aller Ehrenamtskarteninhaber ihrer Gemeinden, damit sie die Karte den engagierten Bürgern persönlich, z. B. in Jahreshauptversammlungen oder anderen Veranstaltungen, überreichen und den Einsatz würdigen können.

Frau Denner merkt an, dass auf Grund des Datenschutzes keine Namenslisten herausgegeben werden dürfen und manche Bürger den Besitz der Ehrenamtskarte geheim halten möchten.

Herr Streit regt an, auf dem Formular zur Beantragung der Ehrenamtskarte ein Feld einzufügen, mit dem erklärt wird, dass Einverständnis besteht, dass die Bürgermeister den- oder diejenige öffentlich würdigen.

Frau Denner möchte diesen Vorschlag an die Verantwortlichen weiterleiten.

Als Nächstes stellt Frau Denner das Schülerprojekt „Das freiwillige ehrenamtliche Schuljahr“ vor. Hier können sich Schüler in 60 Stunden über ein Schuljahr hinweg in einem Verein sozial engagieren. Dieses Projekt soll dazu dienen, Hürden zu verringern, die bei der Aufnahme

eines Ehrenamtes entstehen können und die Jugendlichen generell für ein Ehrenamt zu begeistern, damit diese sich vielleicht auch zukünftig in Vereinen oder bei Projekten engagieren. Zudem sollen die Jugendlichen neue Ideen in den Vereinen beisteuern. Die Teilnahme ist ab 14 Jahren möglich. An dem Projekt nahmen im Schuljahr 2018/2019 am Rhön-Gymnasium Bad Neustadt 70 Schülerinnen und Schüler teil und fast alle erreichten die 60 Stunden. Die Jugendlichen erhalten für ihr Engagement eine offizielle Urkunde, die sie auch für Bewerbungen nutzen können. Damit das Projekt weiterhin erfolgreich durchgeführt und erweitert werden kann, soll der Mentorenpool vergrößert werden, damit die Jugendlichen bei diesem Projekt bestens betreut werden können.

Herr Streit merkt an, dass er sich diese Kampagne auch gut für die Schulen im Gebiet der Streutalallianz vorstellen kann, da die Direktoren sich selbst sehr für soziale Projekte innerhalb der Schulen engagieren und generell sehr offen sind.

Anschließend erklärt Frau Denner das Fotoprojekt zur Wertschätzung des Ehrenamtes. Hier sollen Ehrenamtliche fotografiert werden und zu jedem ein kleiner Steckbrief angefertigt werden, in welchem Bereich und warum er sich engagiert. Dies soll einerseits eine Wertschätzung für die Ehrenamtlichen sein und andererseits weitere Menschen motivieren, sich ebenfalls im Ehrenamt zu beteiligen.

Herr Streit möchte wissen, ob dieses Projekt datenschutzkonform ist und Frau Denner bejaht dies.

Frau Denner geht kurz auf verschiedene Informationsveranstaltungen für engagierte Menschen im Landkreis ein. Sie erklärt, dass das Netzwerk verschiedene Kooperationsveranstaltungen mit anderen eingeht, z. B. mit der NES-Allianz.

Danach führt sie die Vorteile eines Ehrenamtssprechers auf. Er soll das gewünschte Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen und der Politik sowie Haupt- und Ehrenamtlichen sein. Für das Projekt wurde eine Förderung vom Deutschen Landkreistag beantragt. Weitere Einzelheiten zum Projekt werden dann im Herbst bekannt.

Herr Streit möchte wissen, ob der Ehrenamtssprecher auf Gemeindeebene sein soll.

Frau Denner stimmt dem zu und erklärt, dass die Sprecher auf Gemeinde- und dann Allianz-ebene eingeführt werden sollen, damit sich diese Personen mit den Ehrenamtssprechern anderer Allianzen vernetzen und besprechen können.

Herr Waldsachs fragt, ob der Ehrenamtssprecher auch ehrenamtlich sei.

Frau Denner sagt, dass das abhängig von den jeweiligen Situationen der Gemeinden ist. Sie wünscht sich, dass die Ehrenamtssprecher hauptamtlich eingestellt werden, um die Ehrenamtlichen besser zu unterstützen.

Herr Streit empfiehlt, wenigstens eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, da sich immer weniger junge Menschen engagierten.

Dies würde die Wertigkeit des Ehrenamtes unterstreichen. Der Ehrenamtssprecher könnte eine Entlastung für die Bürgermeister darstellen, da sie sich auf andere Themen konzentrieren könnten.

ren können und das Thema Ehrenamt trotzdem ausreichend gewürdigt werden könne, merkt Frau Denner an.

Herr Waldsachs widerspricht dem teilweise. Die Stadt Ostheim hat ca. 50 Vereine. Somit könne der Ehrenamtssprecher auch nicht alles über jeden Verein und jede Tätigkeit wissen und würde deshalb wieder auf den Bürgermeister bzw. die Gemeinde für Informationen zu gehen.

Frau Denner entgegnet, dass der Ehrenamtssprecher dennoch den Ehrenamtlichen signalisiert, dass sich um sie gekümmert wird.

Herr Voß möchte in Erfahrung bringen, ob es gesetzliche Grundlagen für einen Ehrenamtssprecher gibt. Vergleichend nennt er die Entschädigung für Feuerwehrkommandanten.

Frau Denner verweist auf das Grundgesetz als weitläufige Gesetzesgrundlage und erklärt, dass die Entschädigung im Ermessen der jeweiligen Gemeinde liegt. Die Ehrenamtssprecher kennen zudem die Probleme der Ehrenamtlichen besser als Zuständige im Landkreis.

Dr. Türk fragt, ob man den Ehrenamtssprecher mit Jugend-, Senioren- und Behindertenbeauftragten vergleichen kann.

Die Aufgaben können ähnlich sein, bekräftigt Frau Denner.

Abschließend stellt Frau Denner noch die Messe für soziales Engagement am 30.06.2019 vor, für die auch die Bürgermeister werben sollen.

Herr Streit bemängelt, dass solch eine wichtige Veranstaltung im Sommer stattfindet, da im Landkreis in diesem Zeitraum sehr viele Feste ausgerichtet werden. Er könne beispielsweise nicht daran teilnehmen, da sie parallel zum Stadtfest in Mellrichstadt stattfindet. Er empfiehlt, zukünftig so eine Ehrenamtsmesse im Herbst oder im Winter stattfinden zu lassen. Die anderen Sitzungsteilnehmer stimmen diesem Vorschlag ebenfalls zu. Weiterhin wünscht sich Herr Streit, dass auf der Messe extra darauf hingewiesen werden soll, dass manche Bürgermeister wegen Veranstaltungsüberschneidungen nicht kommen konnten, damit nicht der Eindruck bei den Besuchern entsteht, dass sich die Bürgermeister nicht für das Thema Ehrenamt bzw. die Ehrenamtlichen interessieren. Das ist nämlich nicht der Fall.

Frau Denner versteht die Problematik und erklärt, dass diese Terminüberlappung durch einen Zusammenschluss von mehreren Veranstaltungen zustande kam. Sie möchte das in Zukunft ebenfalls ändern.

Zusätzlich erklärt Frau Denner, dass es keine allgemeingültigen Tipps gibt, da jede Allianz individuell aufgestellt sei. Allerdings sei die Wertschätzung für das Ehrenamt an sich und die engagierten Bürger immer das Wichtigste.

Herr Streit unterstützt dies. Er möchte, dass bei weiteren Veranstaltungen die Ehrenamtlichen explizit darauf hingewiesen werden sollen, warum sie eingeladen wurden, da das manchmal den Betroffenen nicht so klar war.

Herr Link und Herr Streit merken zum Schluss noch an, dass sie sich sehr freuen würden, wenn es in irgendeiner Weise möglich sei, herauszufinden, wer sich sozial engagiert, um diese auch öffentlich würdigen zu können.

3 (ö) Vorstellung verschiedener Förderprogramme der Innenentwicklung durch Herrn Michael Kuhn, ALE Unterfranken, und Herrn Alexander Zeller, Regierung von Unterfranken.

Nachdem sowohl die Regierung von Unterfranken (Reg. Ufr.) als auch das Amt für ländliche Entwicklung Unterfranken (ALE Ufr.) verschiedene Förderprogramme für die Innenentwicklung bieten, erklärten sich Herr Kuhn vom ALE Unterfranken und Herr Zeller von der Regierung Unterfranken bereit, diese Förderprogramme der Streutalallianz näher zu erläutern.

Dorferneuerung:

Herr Kuhn vom ALE Ufr. stellt das Förderprogramm der Dorferneuerung vor. Er erklärt, dass die Förderprogramme Dorferneuerung des ALE und die Städtebauförderung der Regierung von Unterfranken abhängig sind von der Einwohnerzahl der einzelnen Ortsteile. So sei bei der Einwohnerzahl von unter 500 das ALE zuständig, zwischen 500 und 2.000 sprechen sich ALE Ufr. Und Reg. Ufr. ab und über 2.000 Einwohner sei generell die Städtebauförderung zuständig.

Nach dem Vorstellen der Aufgabengebiete des ALE Ufr. und der Problematik im ländlichen Raum mit Beispiel Junkershausen geht Herr Kuhn näher auf das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm ein. Dies soll Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Land nachhaltig verbessern. Hierbei unterscheidet man zwischen der umfassenden Dorferneuerung und Einzelvorhaben. Herr Kuhn verweist auch kurz auf die einfache Dorferneuerung, die abhängig vom Finanzierungsspielraum des ALE Ufr. und von der Art des Dorferneuerungsverfahrens ist, und auf das ELER-Programm. Dies sollte man allerdings nicht mehr in Anspruch nehmen, da es 2020 ausläuft. Es war zudem hauptsächlich bei einzelnen, sehr teuren Verfahren sinnvoll.

Nachdem Herr Kuhn die Vorteile der Dorferneuerung aufgezeigt hat und die zentralen Fragen zeigte, die sich die Gemeinden bei dieser Förderung stellen müssen, vergleicht er die umfassende Dorferneuerung und die Einzelvorhaben. Er gibt Hinweise auf die möglichen Höchstfördersätze.

Beim Einzelvorhaben nach Nr. 4.4 DorfR-LE betont er, dass bei allen durchgeführten Maßnahmen der eigene Dorfcharakter erhalten bleiben muss. Die Bürger sollten hierzu in Workshops beteiligt werden.

Herr Streit merkt dazu an, dass zwar die Bürgerbeteiligung sehr wichtig dafür sei, aber man die Stadt- bzw. Gemeinderäte nicht vernachlässigen dürfe, damit die gewünschten Maßnahmen schneller und leichter umgesetzt werden können.

Herr Kuhn bekräftigt dies. Die Stadt- und Gemeinderäte seien immer willkommen und eingeladen bei den Workshops. Es liege aber im Ermessen jedes Einzelnen, ob er kommt oder nicht.

Wenn Vorhaben beschlossen wurden, werden eigenständige Gremien gebildet, die in gemeinsamen Sitzungen das weitere Vorgehen planen, erklärt Herr Kuhn. Er betont, dass mindestens ein bis zwei Jahre zur Vorstandswahl vergehen, wenn es schnell geht. Da die Dorfer-

neuerung auf acht bis zehn Jahre angesetzt ist, erscheint der Zeitraum für die Vorstandswahl als sinnvoll.

Herr Kuhn verweist auf das für die Streutalallianz angefertigte ILEK, an dem sich die Streutalallianz orientieren sollte. Im Konzept ist bereits eine große Projektübersicht mit einer Auflistung von möglichen Förderungen vorhanden. Das ALE Ufr. kann zwar öffentliche Maßnahmen beschleunigen, dies ist aber auch immer von der Finanzstärke der jeweiligen Gemeinde abzusehen.

Abschließend geht Herr Kuhn auf ein paar Förderbeispiele der Dorferneuerung ein. Es können Quartierserneuerungen und auch teilweise Straßen durch die Dorferneuerung gefördert werden. Bei Einzelvorhaben gibt es Kleinstförderungen, z. B. Sanierung von Bäckern.

Herr Zeller fügt hinzu, dass solche Maßnahmen auch über die Städtebauförderung möglich seien.

Ein weiteres Beispiel ist die umfassende Dorferneuerung. Herr Kuhn erklärt, dass hier eine sehr große Bürgerbeteiligung stattfinden soll, da hier Fördersummen zwischen 500.000 € und 1 Mio. € möglich sein können. Da dieses Förderprogramm sich sehr großer Beliebtheit erfreut, ist dieses mit bis zu fünf Jahren Vorbereitungszeit verbunden. In diesem Planungszeitraum werden Personalfragen geklärt, da diese dann sehr lange für die Projekte gebunden sein werden.

Frau Seufert möchte wissen, ob nur noch Einzelvorhaben nach Nr. 4.4 DorfR-LE möglich sind, wenn bereits eine umfassende Dorferneuerung abgeschlossen wurde.

Herr Kuhn erklärt, dass eine umfassende Dorferneuerung nach 10 Jahren abgeschlossen sein sollte. Einzelmaßnahmen sind deshalb abhängig von den bisher durchgeführten Maßnahmen. Zudem sind Schlüsselmaßnahmen von dem Budget abhängig, das dem ALE Ufr. zur Verfügung steht. Des Weiteren sind Förderungen an die jeweilige Finanzkraft der Gemeinden angepasst, d. h.

- niedrige Finanzkraft Gemeinde → hohe Förderung durch das ALE Ufr.
- hohe Finanzkraft Gemeinde → niedrige Förderung durch das ALE Ufr.

Förderungen im privaten Bereich sind angestiegen und mit bis zu 35 % möglich.

Herr Dr. Türk möchte wissen, ob der Gesamtbetrag ebenfalls angestiegen sei. Herr Kuhn möchte sich diesbezüglich nochmal erkundigen.

Damit private Maßnahmen durchgeführt werden, sei die Beratung essenziell, betont Herr Kuhn.

Herr Lienen-Ewert bemängelt, dass die Anträge für derartige Vorhaben sehr kompliziert und mit langen Wartezeiten verbunden sind, auf die die Bürger häufig nicht vorbereitet sind.

Daraufhin erläutert Herr Kuhn das Vorgehen bei solch einer Beantragung, z. B. dass ein Kostenvoranschlag erstellt werden und Fotos vom Objekt geschossen werden müssen. Zudem müsse ein Architekt vor Ort sein, um die aktuelle Lage und Gestaltungsmöglichkeiten zu erfassen. Problematisch sei allerdings, dass momentan alle Architekten ausgebucht seien, um vor Ort Termine wahrnehmen zu können.

Herr Streit merkt an, dass man bei solch großen Fördersummen, die das ALE Ufr. gewährt, sehr präzise bei der Förderung sein muss.

Herr Zeller ergänzt, dass man dieselben Unterlagen, die für das ALE Ufr. nötig sind, auch beim Landkreis vorlegen müssen und zum Teil ein viertel Jahr vorher die gewünschten Maßnahmen anmelden müssen.

Herr Friedolin Link weist darauf hin, dass solche Förderanträge generell langwierig sind.

Abschließend betont Herr Kuhn, dass es momentan eine Fülle an Fördermöglichkeiten gibt und man sich weitläufig informieren muss.

Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Städtebauförderung

Herr Zeller geht zunächst auf die Grundlagen und das allgemeine Vorgehen der Städtebauförderung ein. Dabei muss zunächst das gewünschte Fördergebiet festgelegt werden. Diese Bereiche können unterschiedliche Rechtscharaktere aufweisen. Verschiedene Einzelmaßnahmen können auch über die Städtebauförderung mitfinanziert werden. Sollen private Maßnahmen mitgefördert werden, so müssen diese im festgelegten Daseinsvorsorgegebiet liegen.

Zum weiteren Ablauf der Städtebauförderung erklärt Herr Zeller, dass für den gesamten Ort, wenn es so beschlossen wurde, ein ISEK erstellt wird, wie es bereits für die Städte Ostheim und Mellrichstadt geschah. Hier werden die Projekte in einer Maßnahmenübersicht aufgelistet, vergleichbar mit dem ILEK für die Streutalallianz. Die Maßnahmenübersicht bietet eine Kosten- und Sanierungsübersicht. Diese sind wichtig, um die zukünftigen, eigenen Haushaltspläne erstellen und planen zu können, da die Städtebauförderung auf 10 - 15 Jahre begrenzt ist.

Außerdem werden selten einzelne Grundstücke gefördert, da kaum öffentliches Interesse daran besteht. Herr Zeller empfiehlt deshalb größere Gebiete zu betrachten, da diese eher gefördert werden.

Zusätzlich zum Sanierungsgebiet wird eine Sanierungssatzung festgelegt. Ersteres ist ein Rechtsmittel für die Städtebauförderung. Das Sanierungsgebiet bietet viele steuerliche Vorteile, die auch Privatmenschen zugutekommen.

Herr Zeller und Herr Kuhn verdeutlichen, dass derzeit insgesamt 47 Mio. € Fördermittel vorhanden seien und die Streutalallianz dies durch die vorgestellten Fördermittel nutzen sollte.

Die Städtebauförderung wird hauptsächlich in Gebieten mit hohen Abwanderungsraten angewendet. Sie soll die städtebauliche, gestalterische und architektonische Qualität sichern. Hierzu zeigt Herr Zeller Negativ- und zusätzlich Positivbeispiele, um die Möglichkeiten der Städtebauförderung aufzuzeigen. Herr Zeller ergänzt hierzu noch die Prozentsätze verschiedener Fördermaßnahmen. Um die Qualität der durchgeführten Maßnahmen zu steigern, erklärt Herr Zeller, dass die Mehrkosten, die durch ausgeschriebene Wettbewerbe zu den einzelnen Projekten und Öffentlichkeitsarbeit entstehen, teilweise gefördert werden.

Herr Dr. Türk möchte in Erfahrung bringen, ob eine Städtebauförderung und eine Dorferneuerung parallel möglich seien. Herr Zeller verneint dies. Es werden aber Gesamtprojekte bezuschusst.

Weiterhin möchte Herr Dr. Türk wissen, was passiert, wenn keine privaten Projekte durch die Bevölkerung gestartet werden. Die Gemeinde möchte nämlich die Förderprogramme in Anspruch nehmen, kann aber keine Privatmenschen zu eigenen Projekten überzeugen.

Herr Zeller empfiehlt, dass die Gemeinden zunächst ein Sanierungsgebiet festlegen und dieses den Bürgern auch ausreichend mitteilen sollten. Um die Bürger zu motivieren, sollte als erstes die Gemeinde Maßnahmen durchführen, um als Vorbild zu wirken.

Herr Dr. Türk stellt die Frage, ob ein Projekt, z. B. ein Dorfladen, mit aufgenommen werden kann in die Förderung, obwohl das Budget schon feststeht.

Herr Kuhn erklärt, dass einzelne Planungen und das Budget begründet werden müssen. Stellt sich im Laufe der Zeit heraus, dass ursprünglich aufgestellte Projekte nicht mehr oder in geringem Maße notwendig sind, so können auch andere stattdessen mit aufgenommen werden. Die Behörden zeigen sich hierbei flexibel.

Herr Zeller ergänzt hierzu, dass die jeweiligen Geldmittel jährlich besprochen und dementsprechend festgelegt werden. Sie können sich deshalb jedes Jahr ändern.

Frau Heuser-Panten möchte wissen, ob der KDK mit der Städtebauförderung kombiniert werden kann.

Herr Zeller erklärt, dass für Heufurt ein ISEK sinnvoll sei, da nicht nur eine Maßnahme, sondern der gesamte Ortsteil mitgefördert werden könnte. Das ISEK und KDK können sich sinnvoll ergänzen.

Abschließend will Herr Zeller wissen, warum es keine konkreten Fragen zu bevorstehenden Projekten gibt.

Herr Voß begründet dies, dass manche Gemeinden für manche Förderprogramme kein Geld zur Verfügung haben, obwohl diese einen sehr hohen Fördersatz aufweisen.

Herr Zeller erklärt, dass für Kommunen in Randgebieten sogar Förderungen von bis zu 80 % möglich seien.

Herr Martin Link verweist auf das Projekt in seiner Gemeinde, das nun mit den Förderungen anlaufen soll.

Herr Roßhirt erklärt zudem, dass momentan noch andere Aufgaben vorrangig waren. Gleichzeitig möchte er wissen, ob jede Gemeinde für sich die Anträge stellt.

Herr Kuhn und Herr Zeller bejahen dies.

Frau Heuser-Panten möchte noch wissen, wie lange die Wartezeit ist.

Da die Städteplaner derzeit vollkommen ausgelastet sind, beträgt die Wartezeit ca. 9 Monate, erläutert Herr Zeller.

4 (ö) Chronik-Ordner Streutalallianz

Herr Stock fertigte in Eigenleistung einen Ordner mit allen bisher veröffentlichten Main Post-Artikeln über die Streutalallianz für die Allianzmanagerin an. Diese Zusammenstellung kann als Chronik gesehen werden. Er würde für alle Verwaltungsgemeinschaften einen vergleichbaren Ordner anfertigen, die die Streutalallianz bezahlen würde. Die Mitgliedsgemeinden der einzelnen Verwaltungsgemeinschaften hätten jederzeit die Möglichkeit, sich die einzelnen Artikel anzusehen und zu kopieren. Falls kein Bedarf bei den einzelnen Verwaltungen besteht, können sich Interessierte die jeweiligen Zeitungsberichte auch bei der Allianzmanagerin kopieren.

Herr Friedolin Link ist der Meinung, dass für jede Gemeinde ein Ordner erstellt werden sollte.

Herr Dr. Türk möchte wissen, ob man diesen Ordner auch in digitaler Form, z. B. eingescannt, erhalten kann. Herr Stock erklärt, dass das zwar ein Mehraufwand, aber sicherlich möglich sei.

Jeder, der einen Chronik-Ordner wünscht, soll sich melden, meint Herr Friedolin Link. Daraufhin bestellen sofort die Stadt Fladungen sowie die Gemeinde Hausen für sich und für Nordheim.

Es wird entschieden, dass sich weitere Interessenten bei der Allianzmanagerin melden sollen.

Herr Georg Stock begleitet die Streutalallianz seit dem Beginn 2015 und informierte die Bevölkerung über Projekte und Sitzungen der Streutalallianz. Da in einer der letzten Sitzungen beschlossen wurde, dass alle Sitzungen öffentlich abzuhalten sind, ändert sich die Aufgabe des Pressesprechers. Er wird nur noch projektbezogen benötigt. Ebenfalls wäre es schön, wenn er die Chronik weiterführt und gegebenenfalls auf Stundenbasis Artikel für die Streutalallianz-Internetseite anfertigt.

Für seine bisherige Arbeit bedankt sich die Streutalallianz bei Herrn Stock und würde es sehr begrüßen, wenn er sie bei zukünftigen Projekten in der Streutalallianz weiterhin tatkräftig unterstützen wird. Daraufhin überreicht der Vorsitzende Herr Link Herrn Stock ein Geschenk. Es werden von beiden Seiten Dankesworte ausgetauscht und erklärt, dass Herr Stock und Frau Kokula das weitere Vorgehen separat besprechen.

Beschluss:

Alle, die sich einen Chronik-Ordner wünschen, sollen sich bei der Allianzmanagerin melden. Des Weiteren sollen sich Herr Stock und die Allianzmanagerin bezüglich der zukünftigen Bezahlung und möglichen Artikeln von Herr Stock besprechen, z.B. auf Stundenbasis oder projektbezogen sowie für mögliche Berichte für die Allianzinternetseite.

Abstimmung: dafür: 10 dagegen: 0

5 (ö) Kurze Abfrage Systemtrenner

Die meisten Gemeinden der Streutalallianz stimmten für die gemeinsame Anschaffung von Systemtrennern. Die jeweils benötigte Anzahl wurde an die VG Mellrichstadt und die Allianzmanagerin übermittelt. Herr Graumann (Stadt Ostheim) und Herr Keym (VG Mellrichstadt) sind derzeit dabei, einen passenden Systemtrenner für die Streutalallianz zu ermitteln.

Für die Streutalallianz stellen sich nun die Fragen, wer bzw. wie wird der Prüfkoffer finanziert? Wo soll die Prüfung angesiedelt werden? Der Prüfkoffer könnte z. B. in Willmars bzw. Ostheim gelagert werden und auch von dort aus die Prüfungen zu starten. Diese werden durch die jeweilige Gemeinde erstattet. Da Herr Thomas Graumann Wasserwart und Kreisbrandinspektor ist, wäre es sinnvoll, wenn er über die Systemtrenneranschaffung mitentscheidet, bestellt und die Streutalallianz als Rechnungsadresse mit angibt.

Herr Martin Link ist der Meinung, dass Ersatzgeräte unnötig seien, da die Überprüfung sehr schnell durchgeführt werden kann.

Herr Waldsachs erklärt, dass Herr Graumann generell denkbar wäre für diese Arbeit, aber er momentan so viele Überstunden durch anderweitige Aufgaben hat, dass man nicht wisse, wie er sie durch weitere Arbeiten abbauen könne.

Herr Martin Link möchte wissen, wo man den Prüfkoffer lagern könnte.

Herr Waldsachs entgegnet, dass die Prüfung der Systemtrenner keine Aufgabe des Wasserzweckverbandes ist.

Herr Martin Link schlägt vor, dass die Überprüfung auch durch die Feuerwehr in Ostheim oder Mellrichstadt durchgeführt werden könnte.

Herr Hehn wirft ein, dass der Wasserwart von Mellrichstadt am Ende des Jahres geht und ein neuer Mitarbeiter dafür erst eingelernt werden müsse.

Herr Martin Link spricht sich weiterhin für Ostheim als Zentrum aus und fragt, ob als Alternative für Herrn Graumann auch die Feuerwehr Ostheim möglich sei, sonst könne man auch bei der Feuerwehr von Mellrichstadt anfragen.

Herr Waldsachs wird Herrn Graumann nochmal auf die Überprüfungsaufgabe ansprechen.

Beschluss:

Es wird ein Prüfkoffer für alle und die Anzahl der Systemtrenner, wie sie an Frau Kokula übermittelt wurden bzw. werden, bestellt.

Abstimmung: dafür: 10 dagegen:0

Um 17:30 Uhr verlassen Herr Voß, Herr Wehner und Herr Huter die Sitzung.

6 (ö) Projektvorstellungen der Allianzmanagerin

Kleine Umfrage unter jungen Ärztinnen

Frau Kokula stellt die Ergebnisse ihrer nichtrepräsentativen Umfrage vor. Die jungen Ärztinnen im Alter von 25 und 26 Jahren bevorzugen es, in größeren Städten zu wohnen, da die Städte größere Kliniken mit mehr Fachdisziplinen anbieten. Ein Teil der Ärztinnen würde dennoch Gemeinschaftspraxen den Kliniken vorziehen, da man in Gemeinschaftspraxen mehr Freizeit hat als in Kliniken. Der andere Teil bevorzugt Kliniken, da man da Möglichkeiten hat, an verschiedenen Projekten zu forschen. Damit die jungen Ärztinnen dennoch in ländlichen Räumen tätig werden, müssten sie hier mehr verdienen können als in größeren Kliniken, aber mehr Freizeit haben.

Herr Streit erklärt, dass es zwar bereits Vorstellungen von Gemeinschaftspraxen im Allianzgebiet gibt, aber die älteren Ärzte sich daran nicht beteiligen möchten und dadurch die Arztsitze in der Region später sehr wahrscheinlich wegfallen werden.

Herr Waldsachs ergänzt, dass die jungen Ärzte durch ihr Studium viel moderneres Equipment gewohnt sind, als tatsächlich in den Arztpraxen auf dem Land vorhanden ist. Die Ärzte müssten sehr viel investieren, um das Defizit zu verringern.

Schülerbefragung:

Der Fragebogen ist bereits fertiggestellt und es wurden auch bereits verschiedene Angebote von den Druckereien eingeholt. Nach den Pfingstferien, ab 24.6., bespricht die Allianzmanagerin nochmal abschließend den Fragebogen mit den Direktoren der Mittelschule, der Realschule und des Gymnasiums. Bisher stimmten sie der Durchführung zu und übermittelten Frau Kokula die Schülerzahlen ab der 8. Klasse. Es wären insgesamt ca. 640 Schüler, die im Allianzgebiet befragt werden könnten. Es sollen 800 Exemplare bestellt werden, damit man diese auch den Lehrern geben oder als Ersatzfragebögen verteilen kann. Frau Kokula geht auf die Ziele ein, die durch die Erhebung erreicht werden sollen.

Veranstaltungskalender der Streutalallianz

Die Termine der an die Allianzmanagerin übermittelten Veranstaltungskalender der einzelnen Kommunen wurden bereits von Frau Kokula in eine gemeinsame Tabelle eingetragen. Es sind ca. 500 Veranstaltungen im Streutalallianzgebiet von Juli bis Dezember 2019, ohne die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen.

Es stellen sich nun die Fragen, wie diese Veranstaltungen veröffentlicht werden, in welchem zeitlichen Turnus und wie Überschneidungen mit anderen Veranstaltungskalendern vermieden werden können. Die Veranstaltungen werden auf jeden Fall auf der Internetseite rechtzeitig bekannt gegeben. Frau Kokula wünscht sich, dass bei den Terminen der genaue Veranstaltungsort mit Adresse und Beginn bekannt gegeben werden soll, um die Veranstaltungen auch für Ortsfremde, z. B. Touristen, interessant zu machen. Sie stellt als Beispiele die Veranstaltungskalender der Allianz Waldsassengau und von Würzburg Wissen vor.

Herr Martin Link hält einen eigenen Veranstaltungskalender für eine gute Idee und schlägt vor, ihn viertel- oder halbjährlich zu veröffentlichen.

Herr Waldsachs wirft ein, dass viele Vereine im Januar noch nicht wissen, wann und wo die Veranstaltungen stattfinden sollen. Das entscheidet sich meist erst während des Jahres, nachdem die Kalender schon gedruckt und verteilt wurden. Herr Waldsachs ist deshalb der Meinung, dass die Termine nur online bekannt gegeben werden sollten, da sich vieles ändert.

Herr Streit möchte von Frau Kokula wissen, ob sie sich in Bezug auf die Kalender schon mit dem Aktiven Mellrichstadt in Verbindung gesetzt hat. Sie stimmt dem zu.

Beschluss:

Alle Veranstaltungen und mögliche Änderungen sollen immer rechtzeitig an die Allianzmanagerin weitergeleitet werden. Sie werden zunächst nur auf der Allianzinternetseite bekannt gegeben.

Abstimmung: dafür: 5 dagegen: 0

7 (ö) Anfragen und Bekanntgaben

Nächste Sitzungsorte

Für die bessere Planung der nächsten Sitzungen fragte Frau Kokula bereits mögliche nächste Sitzungsorte bei den Bürgermeistern ab.

24.07.2019: Nordheim v. d. Rhön

23.09.2019: Ostheim v. d. Rhön

22.10.2019: Hausen

13.11.2019: Rappershausen, muss noch endgültig geklärt werden

11.12.2019: Oberstreu

Frau Seufert, Herr Liening-Ewert und Herr Friedolin Link verlassen die Sitzung.

Ramona Nürnberger: Fachstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung

Frau Nürnberger von der Fachstelle für Senioren und Menschen mit Behinderung fragte bei der Streutalallianz an, ob es möglich ist, gemeinsam Projekte zu starten oder ob sie uns bei unseren Vorhaben unterstützen könne. Die Streutalallianz möchte sie deshalb für die nächste Allianzsitzung am 24.07.2019 einladen. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn die Senioren- und Behindertenbeauftragten der Verwaltungsgemeinden anwesend sind. Es soll geklärt werden, ob sie da generell Zeit hätten, da die Streutalallianz noch keine Zusage von Frau Nürnberger hat.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 17:50 Uhr.